



Auszug aus dem substanzialen Protokoll 163. Ratssitzung vom 26. November 2025

Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nrn. 2025/504 und 2025/507

5441. 2025/504

Postulat von Liv Mahrer (SP), Anjushka Früh (SP) und Sophie Blaser (AL) vom 29.10.2025:

Weiterführende Unterstützung der Interessengemeinschaft Zürcher Sport-Ferienlager (IGFZ), um Kindern und Jugendlichen aus ärmeren Familienverhältnissen eine Teilnahme zu ermöglichen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2025/504 und 2025/507.

Liv Mahrer (SP) begründet das Postulat GR Nr. 2025/504 (vergleiche Beschluss-Nr. 5328/2025): Wie ich bei der Begründung unseres Dispositivantrags gesagt habe, brauchen wir Massnahmen, um mehr Familien aus ärmeren Verhältnissen für diese Lager zu sensibilisieren. Die Stadt soll prüfen, wie wir vermehrt und aktiv auf solche Familien zugehen, sie informieren und motivieren können. Mit Kreativität ist das bestimmt möglich.

Stefan Urech (SVP) begründet die von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 12. November 2025 gestellten Ablehnungsanträgen zu den Postulaten GR Nr. 2025/504 und GR Nr. 2025/507: Wie vorhin gehört, gibt es schon Verbilligungen und Angebote für Leute mit geringerem Einkommen. Ihr moniert, dass sie zu wenig genutzt würden. Stets höre ich, dass man Leute auf solche Angebote hinweisen solle und zwar nicht nur im Zusammenhang mit dem Fiesch-Lager. Ihr seid schlicht enttäuscht, dass sie nicht häufiger genutzt werden. Aus unserer Sicht sind solche Informationskampagnen zur Sensibilisierung nicht nötig. Auch der verbilligte Preis ist verhältnismässig. Die Preise des Lagers so zu drücken, bis es nichts mehr wert ist, ist nicht zielführend. Die Preisstrukturen sollte man so belassen. Wer Interesse an einer Verbilligung hat, erhält sie auch. Bisher fehlt mir ein Beispiel, wo das nicht funktioniert hätte oder Familien nichts davon wussten.

Urs Riklin (Grüne) begründet das Postulat GR Nr. 2025/507 (vergleiche Beschluss-Nr. 5331/2025): Das Ferienlager Fiesch entpuppt sich bei genauer Betrachtung der Teil-



nehmerinnen und Teilnehmer als Ferienlager Waidberg, Zürichberg und Uto: 75 Prozent der Kinder und Jugendlichen stammen aus diesen Schulkreisen. Schaut man sich die Anzahl der Schülerinnen und Schüler der Gesamtstadt an, würden diese Schulkreise nur 50 Prozent ausmachen. Die Teilnehmer*innenschaft aus gewissen Schulkreisen ist somit überrepräsentiert, während etwa der Schulkreis Schwamendingen unterrepräsentiert ist. Die genauen Gründe dieser Ungleichverteilung kennen wir nicht. Darüber kann man nur spekulieren. Dem Schul- und Sportdepartement (SSD) würde ich nahelegen, dies systematisch zu untersuchen. Es gab schon Versuche, im Schulkreis Schwamendingen stärker zu kommunizieren. Ob das einen Effekt hatte, konnten wir bisher nicht beobachten. Verschiedene Faktoren spielen also eine Rolle, weshalb Kinder aus sozioökonomisch bessergestellten Familien eher als Kinder aus Schulkreisen mit höherem Sozialindex teilnehmen. Der Preis könnte eine Rolle spielen. Wir Grüne sind nicht der Ansicht, dass der Tarif für alle gesenkt werden soll. Dadurch würden auch gut verdienende Familien von der Verbilligung profitieren. Unser Begleitvorstoss umfasst eine Verbesserung der Vergünstigungskriterien. Einerseits bedeutet das, dass grosszügige Grenzen beim Einkommen gewährleistet werden: Jene mit tiefen Einkommen sollen Vergünstigungen einfacher beantragen können, diese sollen aber auch für Familien mit höherem Einkommen zugänglich sein. Familien müssen heute bei der Anmeldung die volle Teilnahmegebühr zahlen, um dann beim Sozialdepartement die Einzelfallhilfe zu beantragen, um die Kompensation mit einer gewissen Verzögerung zu rückerstattet zu bekommen. Das könnte Familien von der Anmeldung ihrer Kinder abhalten. Um dem entgegenzuwirken, möchten wir die Kriterien anpassen: Heute liegt die obere Einkommensgrenze bei 75 000 Franken pro Haushaltseinkommen. Wir möchten insbesondere Familien in tieferen Einkommenskategorien einen besseren Zugang zu Vergünstigungen ermöglichen. Andererseits verlangen wir eine Vereinfachung des Vergünstigungsprozesses. Wie das genau aussehen soll, kann sich der Stadtrat gerne überlegen. Wir könnten uns vorstellen, dass die Vergünstigung direkt bei der Anmeldung und aus derselben Kasse gewährt wird, in die die Teilnehmer*innengebühr fliesst. Wir hoffen mit unserem Begleitpostulat, dass die soziale Durchmischung im Ferienlager Fiesch der Verteilung in den einzelnen Schulkreisen ähnlicher wird.

Weitere Wortmeldungen:

Samuel Balsiger (SVP): Vorhin wollten Sie Würste vom Menüplan streichen. Jetzt wollen Sie mehr Leute ins Ferienlager im Wallis schicken, wodurch mehr gegessen wird. Wenn Sie ein Angebot attraktiver machen und den Preis senken, konsumieren mehr Leute. Wenn Sie selbst glaubten, dass es Ihnen nur um die Verbreitung Ihrer Ideologien gehe, müssten Sie gegen Konsum sein. Mehr Konsum bedeutet mehr CO₂. Sie müssten also aufhören, weitere Angebote zu schaffen. Aber Ihnen geht es nicht um die Sache.

Stefan Urech (SVP): Lieber Urs Riklin (Grüne), meinen Punkt hast du soeben selbst unterstrichen: Eure Schlüsse sind spekulativ. Entsprechende Hinweise, Zuschriften von Familien oder handfeste Beweise, dass der Anteil aus niedrigeren sozialen Schichten so tief ist, fehlen. Dieses spekulative Argument gab es schon bei der Diskussion um



kostenlose Badis – eine der wenigen Abstimmungen, die wir in den letzten Jahren in Zürich gewonnen haben. Da hiess es, die Bevölkerung mache keinen Sport, da es zu teuer sei. Eine grosse Befragung des Sportamts hat aber gezeigt, dass dieser Grund zuletzt und nur von einem kleinen Prozentsatz genannt wird. Die allermeisten haben angegeben, dass sie einfach keine Lust haben, Sport zu treiben. Auch für mich ist Sport eine Überwindung. Am Geld liegt es nicht. Das Argument gehört zu eurem klassenkämpferischen Ritual. Hand und Fuss hat das nicht. Das wisst Ihr selbst, sonst würdet ihr Belege vorbringen.

Karin Weyermann (Die Mitte): Manchmal habe ich den Eindruck, dass die Links-Grünen die Menschen mit tieferem Einkommen für weniger intelligent halten. Der Vorstoss erweckt den Eindruck, dass man sie an die Hand nehmen und auf jedes einzelne Angebot aufmerksam machen müsste. Auch mit geringem Einkommen ist man in der Lage, eine Homepage zu lesen und zu verstehen, auf welche Vergünstigungen man Anspruch hat – auch bei der Anmeldung für ein Ferienlager. Wir sehen nicht ein, dass es eine Kommunikationsstrategie bräuchte oder dass diese Menschen geringere Chancen bei der Anmeldung hätten. Der Vorstoss ist nicht zielführend. Die Gründe für die geringere Teilnahme von Kindern aus diesen Kreisen sind, wie gesagt wurde, unklar. Ich verzichte darauf, meine Theorien auszuführen. Zum zweiten Vorstoss: Die Erhöhung der Einkommensgrenzen sehen wir nicht als zielführend. Eine Differenzierung bei den Vermögensobergrenzen ist aber sinnvoll. Die Frage rund um den Zeitpunkt der Zahlung bei der Anmeldung zum Lager können wir nachvollziehen, das reicht uns aber nicht zur Überweisung des Postulats. Denkbar wäre ein Aufruf, um für Betroffene eine Lösung zu finden. Das Sportlager Fiesch könnte mit dem Sozialdepartement bestimmt etwas auszuarbeiten.

Urs Riklin (Grüne): Wenn ich der Debattenlinie der SVP- und Die Mitte/EVP-Fraktion zuhöre, sehe ich einen Diskurs unter Privilegierten. Sie wollen sich keine Gedanken darum machen, was Leute, die in einer anderen sozialen Realität leben, eigentlich brauchen. Zu verstehen, wie das System läuft, reicht nicht aus, um soziale Gerechtigkeit herzustellen. Uns geht es mit diesen Vorstössen um eine integrative Lagerkultur. Allen soll unabhängig von Sprachverständnis und Bildungshintergrund die Möglichkeit geboten werden, an einem tollen Event teilzunehmen, ohne durch unsichtbare Mechanismen im Voraus ausgeschlossen zu werden. Darum unterstützen wir Grüne das Postulat GR Nr. 2025/504 von SP und AL selbstverständlich. Der Stadtrat soll prüfen, ob die Kommunikation zu den Teilnahmemöglichkeiten am Ferienlager Fiesch verbessert werden kann und weshalb es zu einer Ungleichverteilung zwischen den Schulkreisen kommt. Daraus könnte man weitere Massnahmen ableiten. Damit unterstützen wir begonnene Bestrebungen des SSD.

Dr. Bernhard im Oberdorf (Parteilos): Diese kleine Debatte ist interessant, da sie insbesondere in der Linie der Grünen einen Widerspruch aufzeigt. Zu Spekulationen betreffend Korrelation zwischen bestimmten Schulkreisen und Teilnahme: Dass Begüterte eher teilnehmen als weniger Begüterte, muss man ausgleichen. Aber was passiert, wenn man mit der Überweisung eines Postulats solche Vorschriften erlässt?

Isabel Garcia (FDP): Trotz guter Absichten sieht die FDP ein solches Mikromanagement kritisch und lehnt beide Postulate ab. Wir sind nicht der Auffassung, dass die Vorschläge zu einer besseren Durchmischung des Publikums im Sportlager Fiesch beitragen würden. Indem man die Vorschriften und Richtlinien differenzierter und komplizierter macht, werden sie eventuell auch weniger nachvollziehbar. Wir alle wissen, dass es gewisse Ermässigungen für sozial weniger privilegierte Personen gibt. Aus unserer Sicht genügt das. Uns ist nicht bekannt, dass das Sportlager Fiesch als asozial oder elitär gälte.

Sophie Blaser (AL): Was vorhin – besonders von Karin Weyermann (Die Mitte) – gesagt wurde, ist absurd. Als Kind hatte ich eine KulturLegi des früheren Systems der Stadt Zürich, womit man Anrecht auf Vergünstigungen hatte. Aber wissen Sie, wie viele Stellen behaupteten, dass es so etwas gar nicht gäbe, man noch nie etwas davon gehört habe oder man das nicht brauchen würde? Es ist beschämend, vor einem Eingang zu stehen, keine Vergünstigung zu erhalten und nicht zu wissen, was einem zusteht. In dieser Stadt ist es nicht einfach, kein Geld zu haben. Gleichzeitig müssen wir uns als Parlament überlegen, für wen wir ein Angebot schaffen. Es gab die Stiftung Zürcher Ferienkolonie, die schon im 19. Jahrhundert Ferien für erholungsbedürftige Kinder organisierte. Unser Auftrag gegenüber Kindern dieser Stadt, die sich keine Ferien und Erholung leisten können, besteht weiterhin. Weshalb man beim städtisch organisierten und mehrheitlich finanzierten Ferienlager Fiesch nicht einen Teil dieser Plätze bewusst für solche Kinder zur Verfügung stellt, verstehe ich nicht. Genauso wenig verstehe ich Ihre Kleinlichkeit und Argumentation. Klar gibt es eine Homepage, aber die reicht einfach nicht aus. Man muss die Leute auf ihr Anrecht auf Angebote aufmerksam machen. Als Stadt haben wir eine Verantwortung, unser Geld sinnvoll auszugeben. Wir haben etwas davon, wenn Kinder, die 13 Wochen in der Ferienbetreuung des Horts verbringen, mal ins Ferienlager Fiesch können. Es mag sein, dass die beiden Postulate nicht perfekt sind. Was der Stadtrat damit macht, ist ihm überlassen. Wir hoffen, dass er seinen Auftrag ernst nimmt und prüft, wie mehr sozial benachteiligte Kinder zu einer Teilnahme kommen. Ob es sich dabei um ein Postulat der Grünen handelt, ist zweitrangig. Bezuglich Ideologien in solchen Ferienlagern: Wer die Homepage gelesen hat, weiß, dass die Fifa ein Hauptsponsor des Ferienlagers Fiesch ist. Das entspricht nicht unbedingt der Ideologie der AL. Es sind auch andere Sponsor*innen beteiligt, zu denen wir Kinder nicht zwingend schicken wollen. Wenn man dies aber für gewisse Kinder leistet, sollte man es anderen auch zukommen lassen.

Das Postulat wird mit 74 gegen 44 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

5 / 5

5442. 2025/507

**Postulat von Urs Riklin (Grüne) und Selina Walgis (Grüne) vom 29.10.2025:
Anpassung der Kriterien zur Berechtigung einer Ermässigung der Teilnahme-
gebühren für das Ferienlager Fiesch**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2025/504, Beschluss-Nr. 5441/2025

Urs Riklin (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5331/2025).

Stefan Urech (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 12. November 2025 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 73 gegen 45 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat